

Stuttgart, 15.10.2014

**Gemeinsame Erklärung**  
**des Landkreistags Baden-Württemberg, des Städtetags Baden-Württemberg**  
**und des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-**  
**Württemberg**  
**zur Bio- und Grüngutverwertung**

Noch vor wenigen Jahren wurde ein Großteil des Bio- und Grünguts als Bestandteil des Restabfalls auf Deponien beseitigt. Die biologisch abbaubaren Abfälle waren maßgeblich verantwortlich für die Entstehung klimaschädlicher Gase in Deponien. Mit der kompletten Abkehr von der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle und der fortschreitenden stofflichen sowie energetischen Verwertung von Bio- und Grüngut hat die Kreislauf- und Abfallwirtschaft in Deutschland einen ökologischen und insbesondere auch klimaschützerischen Quantensprung vollzogen, der international seinesgleichen sucht.

Wesentlicher Akteur dieses erfolgreichen Prozesses war und ist auf Grund ihrer Entsorgungszuständigkeit die kommunale Kreislauf- und Abfallwirtschaft. In Baden-Württemberg ist es ihr sogar gelungen, die ökologischen Herausforderungen zu meistern und zugleich für die deutschlandweit niedrigsten Abfallgebühren zu sorgen. Dies ist wichtig, da die ökonomische Effizienz ökologischer Maßnahmen von entscheidender Bedeutung für deren Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern ist.

Aufbauend auf diesem Fundament können jetzt weitere Optimierungsschritte vollzogen werden. Wenn Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Bundesländern bei der Bio- und Grüngutverwertung im oberen Mittelfeld rangiert, dann ist dies Bestätigung und Aufforderung zugleich.

Bestätigt sieht sich der spezifisch baden-württembergische Weg der Kreislauf- und Abfallwirtschaft. Er beruht wesentlich auf dem engen, vertrauensvollen Miteinander von Land und Kommunen sowie der Betonung von Freiwilligkeit, Kooperation und Förderung.

Aufgefordert sind Land und Kommunen, sich im jeweiligen Verantwortungsbereich und gemeinsam dafür zu engagieren, dass durch eine hochwertige Verwertung ein bestmöglicher Nutzen aus dem im Land verfügbaren Bio- und Grüngut gezogen wird. Gemeinsames Ziel ist es, das hohe Qualitätsniveau bei der Verwertung von Bio- und Grüngut zu sichern und weiter auszubauen, um so einmal mehr die hohe Leistungsfähigkeit der kommunalen Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg unter Beweis zu stellen.

Vor diesem Hintergrund sind sich der Landkreistag, der Städtetag und das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft darin einig, dass folgende Ansätze mit dazu beitragen, eine hochwertige Verwertung von Bio- und Grünabfällen in Baden-Württemberg zu gewährleisten:

#### 1. Information und Austausch

Indem sich Land und kommunale Abfallwirtschaft wechselseitig über den Stand der aktuellen Entwicklungen informiert halten, wird ein landesweit einheitliches Kenntnisniveau sichergestellt. Auf dieser Basis fällt es der kommunalen Abfallwirtschaft leichter, geeignete Verwertungslösungen für Bio- und Grüngut zu entwickeln, und ist das Land besser in der Lage, auf Bundesebene und im Landesvollzug für praxisgerechte Lösungen zu sorgen. In diesem Zusammenhang hat sich insbesondere die im November 2013 gegründete Plattform Bioabfälle als Austauschgremium für weiterführende Informationen und taugliche Maßnahmenansätze bewährt. Sie soll daher fortgeführt werden.

#### 2. Beratung und Projekte

Durch von Land und kommunaler Abfallwirtschaft getragene, gemeinsame Projekte lassen sich die Potenziale im Bereich der Bio- und Grüngutverwertung in einem

fruchtbaren Austausch von Theorie und Praxis konkret erfassen und unmittelbar umsetzbare Handlungsansätze entwickeln. Die fraglichen Projekte sind dabei so anzulegen, dass die projektbeteiligten öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger hieraus unmittelbar Nutzen ziehen können und zugleich ein Erkenntnisgewinn für die kommunale Abfallwirtschaft insgesamt erzielt wird. Dieser Zielsetzung entsprechen das abgeschlossene Projekt zur „Optimierung des Systems der Bio- und Grünabfallverwertung“ sowie das aktuell laufende Projekt „Bioabfall als Resource“.

### 3. Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit

Damit Bio- und Grüngut hochwertig verwertet werden kann, bedarf es der Unterstützung durch die Bevölkerung. Eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit und eine gezielte Abfallberatung sind daher unverzichtbar. Sinnvoll sind etwa auch landesweit abgestimmte Aktionen, die weiter ausgebaut werden sollen. Beispielhaft hierfür ist die erstmals im Dezember 2013 gestartete und nun regelmäßig zum Jahreswechsel vorgesehene Presseinformation zur Problematik von Störstoffen im Biogut („Keine Kunststoffbeutel in die Biotonne!“).

### 4. Vollzug der Bioabfallverordnung

Den rechtlichen Rahmen für die Bio- und Grüngutverwertung setzt im Wesentlichen die Bioabfallverordnung. Dass deren Vorgaben umzusetzen sind, steht für das Land und die kommunale Abfallwirtschaft außer Frage. Ungeachtet dessen wird sich das Land weiterhin in den Rechtsetzungsprozessen und im Vollzug dafür einsetzen, dass unnötige Bürokratie vermieden wird, die einer flächendeckenden und bürgernahen Sammlung entgegensteht. Auch wird das Land im Rahmen des gesetzlich Zulässigen berücksichtigen, dass Abfallwirtschaftsstrukturen vor Ort über Jahre gewachsen sind und die Bürgerschaft sich auf sie eingestellt hat. Im Gegenzug wird die kommunale Seite prüfen, ob sie auch für den Bereich der Bioabfallverordnung ein Fortbildungsangebot schafft, wie der Landkreistag es erfolgreich für das Deponiepersonal etabliert hat.

## 5. Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft im Land

Auf der Basis der gemeinsamen Projekte und des Erfahrungsaustauschs wollen Land und kommunale Abfallwirtschaft die Bio- und Grüngutverwertung weiterentwickeln. Eine hochwertige Verwertung von Bio- und Grüngut lässt sich bei idealen Randbedingungen gerade auch in Form der sogenannten Kaskadennutzung erreichen: Die energetische Verwertung von Biomasse mit anschließender stofflicher Nutzung ist ein wichtiger Beitrag zu einem effizienten Klima- und Ressourcenschutz. Als schwierig erweist sich freilich zunehmend die stoffliche Verwertung der Gärreste, insbesondere beim Flüssigdünger. Die unbewältigte Gärrestproblematik droht zum Investitionshemmnis zu werden. Land und kommunale Abfallwirtschaft wollen sich in enger Abstimmung dafür einsetzen, dass durch entsprechende technische Innovation und rechtliche Rahmensetzung eine ökologisch verträgliche und betriebswirtschaftlich darstellbare Verwertung des Bio- und Grünguts, insbesondere der flüssigen Gärprodukte flächendeckend, ermöglicht wird.

Land und kommunale Abfallwirtschaft sehen diese Gemeinsame Erklärung als wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Fortentwicklung der Bioabfallverwertung an. Sie wollen Baden-Württemberg auf dieser Basis als Kompetenzregion für hochwertige Bio- und Grüngutverwertung weiter ausbauen.



Franz Untersteller MdL

Minister für Umwelt, Klima  
und Energiewirtschaft des  
Landes Baden-  
Württemberg



Prof. Eberhard Trumpp

Hauptgeschäftsführer des  
Landkreistags  
Baden-Württemberg

Alexander Uhlig

Bürgermeister der Stadt  
Pforzheim und Mitglied  
des Ausschusses für Um-  
welt, Verkehr, Ver- und  
Entsorgung des Städte-  
tags